

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 22.06.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Parkraumbewirtschaftungskonzept - Vorstellung der Bewertung der Geschäftsbereiche Buderich, Osterath und Lank sowie Abschätzung der Wirtschaftlichkeit und Umfeldverträglichkeit einer Parkraumbewirtschaftung; Vortrag des Sachverständigen Rainer Schneider	7
3 Ausbau der Kemperallee	10
3.1 Grundsanie rung der Straße "Kemperallee" in Meerbusch Lank-Latum Vorlage: FB5/0431/2016	10
3.2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.11.2015 wegen der Bäume Kemperallee ...	11
3.3 Antrag der UWG Fraktion vom 09.10.2015 zur Sanierung der Kemperallee	12
3.4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 17.06.2016 zur Sanierungsplanung Kemperallee Vorlage: FB5/0442/2016	12
4 Grundsanie rung der Straße "An der Bundesbahn" in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/0436/2016	13
5 Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf - mündlicher Sachstandsbericht	14
6 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2015 Vorlage: FB1/0125/2016	14
7 III. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012; Hier: Wegfall der Vorgaben für die Versiegelung von Urnenwahl- und Urnenreihengrabstätten durch Grabmale und Steinabdeckungen. Vorlage: SB11/0432/2016	14
8 Anträge	15
8.1 Antrag der Fraktion die Aktiven/Aktive Bürger Meerbusch vom 23.04.2016 zu "Sofort-Maßnahmen" zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Xantener	

	Straße (Apfelparadies Meerbusch) / Einbau und Installation von Leitschwellen (Bischofsmützen) Vorlage: FB5/0121/2016	15
9	Anfragen	15
10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
11	Termin der nächsten Sitzung 07. September 2016	16
12	Verschiedenes	16
12.1	Baumscheiben auf dem Parkplatz Hauptstraße Ecke Schulstraße	16
12.2	Beschilderung Viehgasse	16
12.3	Beschilderung im Bereich Ostara	17
12.4	LKW-Verkehr im Bereich Laacher Weg / Lötterfelder Straße	17
12.5	Verkehrsberuhigung Laacher Weg im Bereich der Kindertagesstätte	17
12.6	Verkehrsversuch im Bereich der Lichtsignalanlage Düsseldorfer Straße / Anton- Holtzstraße	17
12.7	Sanierung Lettweg	18
13.1	Mündlicher Sachstandsbericht über die Grundsanieung der Oststraße	18
13.1.1	Antrag zur Änderung der Tagesordnung, TOP 13.1 Mündlicher Sachstandsbericht über die Grundsanieung der Oststraße Vorlage: FB5/0126/2016	18

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Daniel Meffert

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Rainer Grund Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dirk Banse

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Christian Welsch

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Frau Sylvia Minten Sachkundige Bürgerin

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Christof Baldus Fachbereich 5

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Ekkehard Deußen Fachbereich 5

Herr Detlev Horn Fachbereich 1

Herr Matthias Unzeitig

Bereichsleiter Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke

Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Christian Welsch

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende, Ratsherr Leo Jürgens, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verpflichtet die sachkundige Bürgerin Sylvia Minten der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch – Die Aktiven.

Er verweist auf die Tischvorlage zu TOP 3.4 „Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 17.06.2016“. Er erklärt, dass die Bürgeranregung nach Abstimmung mit der Bürgermeisterin in der heutigen Sitzung behandelt werde, ohne vorher in den zuständigen Haupt-, Finanz und Wirtschaftsförderungsausschuss eingebracht worden zu sein, da dessen nächste Sitzung erst am 22.09.2016 sei.

Zu TOP 3 schlägt der Vorsitzende folgende Beratungsreihenfolge vor:

- 3.2 Bürgeranregung BUND vom 29.11.2015 wegen der Bäume Kemperallee
- 3.4 Bürgeranregung Anwohner vom 17.06.2016 zur Sanierung der Kemperallee
- 3.3 Antrag der WG Fraktion vom 09.10.2015 zur Sanierung der Kemperallee
- 3.1 Beratungsvorlage der Verwaltung zur Grundsanieung Kemperallee

Er schlägt weiterhin vor, den TOP 13.1 „Mündlicher Sachstandsbericht über die Grundsanieung der Oststraße“ im öffentlichen Teil zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Vorschlägen des Vorsitzenden zu.

Der Vorsitzende weist auf die Tischvorlagen zu TOP 13.1.1 und zu TOP 14.1 hin.

Ratsfrau Neukirchen schlägt vor, den TOP 14 „Auftragserhöhung für die Straßenbaumaßnahme „Straßenausbau Am Oberbach und Rheindamm““ in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass es sich um eine Vergabeangelegenheit handle, die laut Geschäftsordnung des Rates nicht in öffentlicher Sitzung beraten werden dürfe. Seitens der Verwaltung werde unter dem TOP 12 „Verschiedenes“ etwas zur Kostenentwicklung gesagt.

Ratsherr Weyen regt an, diese Angelegenheit im Interesse der anwesenden Bürger vorzuziehen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende gibt den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Herr Gardeweg von der Interessengemeinschaft der Anlieger der Straße „Am Oberbach“ äußert seinen Unmut darüber, dass der TOP 14 „Auftragserhöhung für die Straßenbaumaßnahme „Straßenausbau Am Oberbach und Rheindamm“ im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beraten werde.

Er fragt, um welchen Betrag die Kosten steigen. Technischer Beigeordneter Assenmacher weist nochmals darauf hin, dass Einzelheiten zur Vergabe nicht im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden dürfen. Er gibt das Wort weiter an Herrn Unzeitig. Dieser erläutert, dass in der Kostenschätzung 2015 (508.500,00 €) von günstigeren Bodenverhältnisse ausgegangen worden sei. Da diese stellenweise nicht vorlagen, sei ein erheblicher Bodenaustausch erforderlich gewesen. Herr Garde-

weg berichtet, dass laut Beobachtung von Anwohnern des Bauabschnitts II (Am Oberbach / Rheindamm bis Langenbruchbach) nicht 60 cm, sondern lediglich 30 - 40 cm ausgehoben worden seien. Herr Unzeitig erklärt, dass dort teilweise günstigere Verhältnisse vorlagen, so dass 30 – 40 cm Aushub ausreichten, in anderen Abschnitten aber 60 cm nötig gewesen seien.

Herr Gardeweg fragt, warum eine Reduzierung der Gehweg- und Straßenbreite nicht zu einer Reduzierung der Kosten geführt habe. Herr Unzeitig antwortet, dass die verminderte Breite bereits in der Kostenschätzung berücksichtigt worden sei. Er erläutert ausführlich, dass der Kostenkalkulation Durchschnittspreise zugrunde liegen. Deshalb könne es zu Abweichungen kommen, weil Angebote über oder unter diesem Mittelwert liegen können.

Auf die Frage von Herrn Gardeweg, ob es keine Plausibilitätskontrolle des Angebotes gegeben habe, entgegnet Herr Unzeitig, dass es ein zweites, knapp unterlegenes Angebot gegeben habe. Dieser Umstand habe auf die Plausibilität des Angebotes schließen lassen.

Herr Gardeweg fordert eine Einsicht der Ausschreibungsunterlagen. Herr Unzeitig erklärt, dass eine Einsicht des Leistungsverzeichnisses ohne Preise möglich sei.

Herr Gardeweg wiederholt seine Frage bezüglich der Höhe der Kostensteigerung.

Herr Baldus (Abteilungsleiter Beiträge, Gebühren, Zuwendungen) erläutert, dass das Bauvorhaben Am Oberbach/Rheindamm in vier Bauabschnitte unterteilt wurde. Abrechnungstechnisch handele es sich um 3 Abschnitte und zwar

- I. Am Oberbach (von Ilvericher Straße bis Langenbruchbach)
- II. Rheindamm (von Am Oberbach bis Rheindamm15)
- III. Rheindamm (von Ilvericher Straße bis Rheindamm15), dieser Abschnitt werde nach BauGB abgerechnet.

2014 sei für den 1. Abschnitt ein Abrechnungspreis von 13,- € bis 15,- € pro m² für eingeschossige Bebauung und für den 2. Abschnitt 9,- € bis 11,- € geschätzt worden. Ausgangspunkt seien für die Abschnitte I bis III Kosten in Höhe von 618.000,00 € gewesen. Nach der neuen Beschlusslage 2015 und den erwarteten Baukosten in Höhe von 508.500,- € für die Bauabschnitte I bis III seien für den Abschnitt Am Oberbach 11,- € - 13,- € und für den Abschnitt Rheindamm 7,50 € bis 9,- € pro m² prognostiziert worden. In Erwartung der Schlussrechnung für alle vier Bauabschnitte gehe man zum derzeitigen Zeitpunkt davon aus, dass der Preis sich für den Abrechnungsabschnitt Am Oberbach auf 11,50 € bis 13,50 € und am Rheindamm von Am Oberbach bis Rheindamm 15 auf 9,- € bis 11,- € pro m² belaufen werde.

Auf die Frage von Herrn Gardeweg, ob es getrennte Abrechnungen des Abschnitts Rheindamm und der Abschnitte I und II geben werde, antwortet Herr Baldus, dass die Abschnitte I und II zusammen und zwar Am Oberbach von Ilvericher Straße bis Langenbruchbach, der Abschnitt III Rheindamm von Am Oberbach bis Rheindamm 15 und der Abschnitt IV (Rheindamm von Ilvericher Straße bis Rheindamm 15) nach BauGB abgerechnet werden.

Herr Dr. Bergen, ebenfalls Anwohner der Straße „Am Oberbach“, fragt, ob die Kostensteigerung aufgrund des aufwendigeren Bodenaushubs der einzige Grund sei. Es habe drei Gutachten zu diesem Thema gegeben und er sei davon ausgegangen, dass deren Ergebnisse Grundlage der Ausschreibung gewesen seien. Herr Unzeitig erklärt, dass 25% der Mehrkosten auf den erhöhten Aufwand beim Bodenaustausch zurückzuführen seien. Für die restlichen 75% gäbe es andere Gründe, wie beispielsweise eine geringere Tragfähigkeit als angenommen, die einen Mehraustausch nach unten erforderlich gemacht habe. Ferner habe es Massenmehrungen gegeben.

Auf die Frage, wie hoch genau die Mehrkosten seien, antwortet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass Herr Baldus bereits dargestellt habe, wie hoch die Kosten für die Anlieger sein werden. Die Abrechnung der Maßnahme und die Erstellung der Beitragsbescheide erfolge nach der Fertigstellung. Die Beitragspflichtigen haben einen Anspruch auf Einsicht in die Berechnungsgrundlagen.

Frau Dr. Blaum berichtet darüber, dass ein Stoppschild auf der Johannes-Kirschbaum-Straße aufgestellt worden sei. Sie bittet darum, zu prüfen, ob es möglich sei, einen Spiegel gegenüber der Einmündung der Johannes-Kirschbaum-Straße aufzustellen, um die Radfahrer zu erkennen, die dort im einseitigen Zweirichtungsverkehr fahren.

Sie fragt, wann mit einer Sanierung der Poststraße zu rechnen sei. Diese befände ich in einem katastrophalen Zustand. Herr Deußen (Abteilungsleiter Straßenunterhaltung) erklärt, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zur Finanzierung der Flüchtlingsunterkünfte einige Maßnahmen gestrichen worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher stellt eine Berücksichtigung im Haushaltsplan 2017 in Aussicht.

Als Vertreterin des BUND erklärt Frau Dr. Blaum, dass am Budericher Saubertag lediglich vier Bürger und Erster Beigeordneter Maatz anwesend gewesen seien. Sie bittet darum, an die Schützen heranzutreten, damit diese im nächsten Jahr dabei unterstützen, das Budericher Rheinufer von Abfall zu befreien. Sachkundiger Bürger Dr. Nieberding berichtet, dass die CDU ebenfalls eine Aktion zum Saubertag organisiert habe. Grundsätzlich sei eine bessere Abstimmung unter den einzelnen Vereinen und Organisationen erforderlich.

Frau Dr. Blaum begrüßt es, bei der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses erfahren zu haben, dass demnächst ein Auto auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz zur Nutzung für die Bürger im Rahmen eines Carsharing-Systems zur Verfügung gestellt werde. Sie bemängelt, dass der BUND, der diesen Service angeregt hatte, nicht darüber informiert worden sei.

2 Parkraumbewirtschaftungskonzept - Vorstellung der Bewertung der Geschäftsbereiche Buderich, Osterath und Lank sowie Abschätzung der Wirtschaftlichkeit und Umfeldverträglichkeit einer Parkraumbewirtschaftung; Vortrag des Sachverständigen Rainer Schneider

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt in die Thematik ein. Er erklärt, dass es seitens der Politik die Forderung gäbe, ein Parkraumbewirtschaftungskonzept für Parkplätze mit mehr als 30 Stellplätzen zu erstellen. Er stellt Herrn Rainer Schneider von der Firma Park-Konzepte vor und bittet ihn, über die Ergebnisse seiner Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit und Umfeldverträglichkeit einer Parkraumbewirtschaftung in den Ortsteilen Buderich, Osterath und Lank-Latum zu berichten.

Herr Schneider erklärt, dass am 07. April 2016 ein Workshop „Parkraumbewirtschaftung Meerbusch“ stattgefunden habe, den er moderiert habe und an dem Vertreter verschiedener Fraktionen teilgenommen haben. Der Workshop diene dazu, grundlegende Informationen zu liefern, Fragestellungen aufzuwerfen und Hintergrundwissen aufzubauen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Zusammenfassung der Inhalte des Workshops sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Schneider erläutert, dass Kunden bevorzugt da parken, wo sie einkaufen wollen. Die Bereitschaft, Laufwege in Kauf zu nehmen, hänge von der Attraktivität des Standortes ab. Im ländlichen Bereich, zu dem er Meerbusch auch zähle, schätze er diese auf ca. 300 m ein. Er weist darauf hin,

dass in den Ortsteilen Büderich, Osterath und Lank-Latum keine klassische zentrale Struktur der Versorgungsbereiche vorläge. Einzelhandel und dienstleistendes Gewerbe lägen vielmehr entlang schmaler Achsen. Dieses führe dazu, dass den Parkenden ein sehr naher unbewirtschafteter Bereich zur Verfügung stehe. Es entstünde ein erheblicher Parksuchverkehr und Parkdruck in den angrenzenden Bereichen, die einerseits nahe am Ziel und andererseits unbewirtschaftet seien. Hierbei handle es sich um Wohngebiete, so dass eine Parkraumbewirtschaftung im Spannungsfeld zwischen Handel, Anwohnern und Politik zu betrachten sei. Herr Schneider vertritt die Auffassung, dass Parkgebühren den Handel nicht kaputt machen, allerdings müsse unterschieden werden zwischen starken Bereichen und kleinteiligen Strukturen.

Er führt aus, dass für den Ortsteil Osterath durch eine Parkraumbewirtschaftung die Anwohner und auch der Einzelhandel belastet würden. Der Einzelhandel sei zu schwach und eine Verlagerung zu Discountern auf der grünen Wiese bzw. zu Fachgeschäften an stärkeren Standorten könne die Folge sein. Sinnvoll hingegen sei eine differenzierte Parkscheibenregelung mit unterschiedlichen Parkhöchstauern in interessanten und randlagigen Bereichen.

Im Ortsteil Lank-Latum stelle sich die Situation ähnlich dar. Hier biete sich eine „hybride“ Regelung mit Parkscheinautomaten in hochfrequentierten Bereichen (z.B. Parkplatz bei Kaisers) und Parkscheibenregelungen für etwas weiter entfernte Parkplätze an.

In Büderich sei die Situation eine andere. Dort liege eine deutliche Einzelhandelskonzentration mit einer hohen Attraktivität vor. Der Dr.-Franz-Schütz Platz und die Nebenstraßen seien sehr stark beparkt. Für den Dr.-Franz-Schütz Platz sei aufgrund der zentralen Lage und der räumlichen Situation eine Parkierungsanlage möglich. Für die angrenzenden Bereiche seien Parkscheinautomaten und differenzierte Parkscheibenregelungen sinnvoll.

Herr Schneider erklärt, dass die Höhe der Parkgebühren nicht entscheidend für ein bestimmtes Parkverhalten sei, vielmehr müssen die Parkgebühren verständlich sein, um akzeptiert zu werden. Die Tarifstruktur könne statisch oder dynamisch, degressiv oder progressiv sein. Insbesondere bei einer Parkierungsanlage bestehe auf diese Art die Möglichkeit der Steuerung zwischen kürzeren und längeren Parkdauern. In der Praxis haben sich Rabattierungsmaßnahmen wie etwa die „Brötchentaste“ als nicht geeignete Steuerungsinstrumente dargestellt. Hierdurch werde das Verständnis für die Wertigkeit des Parkraumes untergraben. Ferner führe das zu einer Beschleunigung des Kundenverhaltens. Auch von tariffreien Zeiten rät Herr Schneider ab. Seiner Meinung nach biete sich ein nach außen abgestuftes Bewirtschaftungsumfeld an. Durch eine Unterscheidung zwischen on- und off-street Tarifierung sei es möglich, einerseits die Aufenthaltsdauer zu Gunsten des Einzelhandels und der Gastronomie zu entschleunigen und andererseits genügend Parkmöglichkeiten für „one-stop-shopper“, die einen kurzen Weg wollen und nur kurze Zeit verweilen, zu bieten. Wichtig sei es, die Zielsetzung der Parkraumbewirtschaftung klar zu definieren. Dabei sei zu unterscheiden zwischen wirtschaftlichen und verkehrlichen Zielen.

Herr Schneider erläutert eine Kostenschätzung für eine Parkierungsanlage auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz. Für den Basisfall mit 2 Schrankenbäumen, 1 Ticketgeber, 1 Ticketnehmer, Induktion, Fernsteuerung, 1 Kassenautomat, 1 Steuerung/Datenzentrale, Sprechanlage und einem doppelseitigem P-Transparent beliefen sich die Kosten auf ca. 50.000,- €. Dazu kämen Kosten für eventuell erforderliche Baumaßnahmen. Denkbar sei eine Vergabe an einen Dienstleister. Dieses Vorgehen verringere den Investitionsdruck, allerdings auch die Höhe der Einnahmen aufgrund der an den Dienstleister zu zahlenden Bewirtschaftungskosten.

An den Vortrag von Herrn Schneider schließt sich eine Diskussion an. Die Ausschussmitglieder haben Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Sachkundiger Bürger Grund gibt zu bedenken, dass eventuell die Anzahl der Parkscheinautomaten zu großzügig gewählt sei. Es müsse eine Balance zwischen dem Interesse des Nutzers an kurzen Wegen und der Stadt als Betreiber erzielt werden. Herr Schneider weist darauf hin, dass zu große Entfernungen zum Parkscheinautomaten sich negativ auf die Zahlungsbereitschaft auswirke. Der Vorschlag der Verwaltung von Standorten für Parkscheinautomaten sei sinnvoll. Die Kosten eines Parkscheinautomaten in Höhe von 4.000,- € seien nicht so hoch, als dass dieses ein Kriterium für die Anzahl darstellen solle.

Sachkundiger Bürger Behlen weist auf die verkehrliche Zielsetzung hin, Kurzverkehre dahingehend zu steuern, dass sie vermehrt mit dem Fahrrad oder zu Fuß stattfinden sollten. Das wirtschaftliche Ziel der Parkraumbewirtschaftung müsse die Refinanzierung der Anlagen plus eventuell ein kleiner Einnahmeüberschuss sein. Er erachte Parkierungsanlagen auch an anderen Stellen außer dem Dr.-Franz-Schütz Platz für sinnvoll, so zum Beispiel in Osterath an der Meerbuscher Straße hinter Hobby Blum oder hinter Rewe. Herr Schneider führt aus, dass eine Abschränkung den Vorteil habe, dass keine Kontrollen erforderlich seien. Dem gegenüber stehen jedoch die hohen Kosten. Darüber hinaus müsse die räumliche Situation berücksichtigt werden. Durch eine Schrankenanlage gehen Stellplätze verloren und es könne zu einem Rückstau auf die Straße kommen.

Ratsfrau Pricken fragt, ob zur Reduzierung von Parksuchverkehren ein Parkleitsystem sinnvoll sein könnte. Herr Schneider antwortet, dass dynamische Parkleitsysteme sehr teuer seien. Schilder seien teilweise schon vorhanden und die Anbringung zusätzlicher Schilder halte er für überflüssig, da die Einwohner sich auskennen. Ratsfrau Pricken weist auf die besondere Situation des Krankenhauses hin, das auch ortsunkundige Personen anzieht.

Ratsfrau Niegeloh äußert Zweifel darüber, ob eine Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz von den Anwohnern problemlos akzeptiert werde, wenn diese den Platz nicht mehr kostenlos nutzen können. Herr Schneider weist darauf hin, dass es Geschmacksache sei, wie sehr man die Anwohner belaste. Es gäbe beispielsweise die Möglichkeit von Dauerparkkarten. Über die Höhe der Gebühren müsse entschieden werden.

Ratsfrau Neukirchen erwähnt, dass die Wirtschaftlichkeit der Parkraumbewirtschaftung in den Ortsteilen Osterath und Lank noch nicht thematisiert wurde. Sie erachtet die Parkplätze dort für zu klein. Herr Schneider weist darauf hin, dass in diesen Ortsteilen die Belastung des Einzelhandels und der Anwohner sehr hoch sei.

Sachkundiger Bürger Dr. Nieberding bittet darum, den Fraktionen kurzfristig die Unterlagen des Referenten zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentationsfolien und die Zusammenfassung der Inhalte des Workshops „Parkraumbewirtschaftung Meerbusch“ am 07. April 2016 wurde den Fraktionsvorsitzenden am 24.06.2016 per mail zugesandt.

Dr. Nieberding fragt danach, wie fundiert die These, dass eine Parkraumbewirtschaftung keinen negativen Auswirkungen auf den Einzelhandel habe, sei. Herr Schneider berichtet, dass es Untersuchungen gäbe, die belegen, dass eine adäquate Parkraumbewirtschaftung sich nicht negativ auf den Einzelhandel auswirke.

Ratsherr Gabernig macht den Vorschlag, den Workshop zur Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch zu wiederholen, da etliche Ausschussmitglieder nicht daran teilgenommen haben.

Sachkundiger Bürger Behlen fragt, ob es zu einer Abwanderung von Kunden in Nachbarstädte kommen könnte. Herr Schneider entgegnet, dass eine akzeptierte Bewirtschaftung in der Regel nicht dazu führe.

Ratsfrau Niegeloh fragt, wie man im Falle des Krankenhauses Lank den Umkreis beziffern würde. In ca. 150 m Entfernung gäbe es einen weiteren Parkplatz, auf den sich eine Bewirtschaftung auswirken könne. Herr Schneider nennt die verschiedenen Maßnahmen und Auswirkungen ein „System kommunizierender Röhren“. Es müsse immer auch das gesamte Umfeld betrachtet werden.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentationsfolien sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

3 Ausbau der Kemperallee

3.1 Grundsanie rung der Straße "Kemperallee" in Meerbusch Lank-Latum Vorlage: FB5/0431/2016

Beschluss auf Antrag der CDU-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Grundsanie rung der Kemperallee in Meerbusch nach üblichem Standard unter Erhalt der meisten Bäume und der Querschnittsgestaltung und die Optimierung der Einmündung der Mühlenstraße. Auf die Einrichtung einer Bushaltestelle wird verzichtet. Die Bürgersteige bleiben erhalten, erforderliche Bordsteinkantenerhöhungen und –absenkungen werden vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	16		1

Ratsherr F. Jürgens erklärt, dass die CDU-Fraktion nach Abstimmung mit den Anliegern den o.a. Antrag zur Sanierung der Kemperallee stellt.

Da den Anregungen der Bürger damit weitestgehend gefolgt werde, betrachte der Vorsitzende, Ratsherr Leo Jürgens die Bürgeranregungen und den Antrag der UWG Fraktion damit als ausreichend behandelt und berücksichtigt.

Sachkundiger Bürger Behlen befürwortet den Antrag. Er erachtet die Grundsanie rung der Fahrbahn für sinnvoll, die Baumscheiben seien allerdings zu klein. Er spricht sich für eine regelmäßige Wartung der Straße aus, da eine Grunderneuerung eine große finanzielle Belastung darstelle.

Ratsherr Gabernig schließt sich ebenfalls an, weist aber darauf hin, dass bei dieser Lösung ein Parken zwischen den Baumscheiben nicht möglich sei.

Ratsfrau Niegeloh erklärt sich grundsätzlich einverstanden. Sie stellt die Frage nach der Notwendigkeit einer Verschwenkung.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass bei einem Verzicht auf die Bushaltestelle an dieser Stelle keine Verschwenkung nötig sei. Lediglich zur Optimierung der Einmündung der Mühlenstraße käme es zu einer Ausweitung der derzeitigen Situation, um dem Bus und der Feuerwehr die Schleppkurve zu sichern. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es bei der vorgeschlagenen Vorgehensweise dazu kommen werde, dass sich in ca. 20 Jahren die Gehwege in einem derart schlechten Zustand befinden, dass wieder eine Sanierungsmaßnahme nötig werde. Darüber hinaus sei eine Erneuerung der Bordsteine und Rinnen unumgänglich, weil diese nicht ausreichend fundamentiert seien.

Ratsherr Franz-Josef Jürgens erklärt, dass es erforderlich sei, eine grundsätzliche Vorgehensweise bei der Straßenunterhaltung zu entwickeln und bittet um eine diesbezügliche Informationsvorlage als Diskussionsgrundlage noch in diesem Jahr.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass hierfür eine erneute Bewertung des Straßenzustandes durchgeführt werden müsse. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushalt 2017 eingestellt.

3.2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.11.2015 wegen der Bäume Kemperallee

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, gibt Frau Dr. Blaum als Vertreterin des BUND Gelegenheit, die Bürgeranregung zu erläutern. Sie erklärt, dass sie mit Entsetzen festgestellt habe, dass die Planung der Verwaltung den Erhalt der 44 Amberbäume nicht vorsehe. Die Beratungsvorlage FB5/0143/2014 für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.09.2015 beinhalte zwei Falschaussagen. Zum einen seien die Bäume 20 Jahre älter als behauptet, zum anderen würden die Bäume anders als in der Beratungsvorlage dargestellt, keine Vitalitätsschäden aufweisen. Sie spricht sich für den Erhalt der Amberbäume und somit für die Variante aus, die am wenigsten Baumfällungen erfordere. In der Beratungsvorlage zur heutigen Sitzung habe sie gelesen, dass in der Planung Baumstandorte gemäß des aktuellen Regelwerkes vorgesehen seien. Nun stelle sich für sie die Frage, ob das Regelwerk zum Zeitpunkt der Pflanzung der Amberbäume 2005 ein anderes gewesen sei. Der Niederschrift der Bürgerversammlung sei zu entnehmen, dass Herr Trapp gesagt habe, dass die Bäume, unabhängig von der Ausbauvariante während der Bauphase vor Ort nicht erhalten bleiben können. Sie fragt, was dagegen spräche. Eine Verpflanzung der Bäume hielte sie für nicht sinnvoll, da ein 10 Jahre alter Baum, der kein Baumschulbaum und aus diesem Grund schon häufiger versetzt worden sei, eine Versetzung vermutlich nicht überleben werde. Außerdem sei ein 10 Jahre alter Baum für das Klima besser als ein neu gepflanzter.

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, weist darauf hin, dass eine Diskussion dieser Themen zu einem späteren Zeitpunkt der Beratungen erfolgen könne.

Anmerkung der Schriftführerin: aufgrund des später gefassten Beschlusses unter TOP 3.1 erübrigte sich eine Diskussion an dieser Stelle.

3.3 Antrag der UWG Fraktion vom 09.10.2015 zur Sanierung der Kemperallee

Ratsherr Weyen erläutert den Antrag der UWG Fraktion. Die erst 2006 gepflanzten Amberbäume seien gesund und ihr Erhalt geplant gewesen. Verwunderlich sei die Planänderung, zumal diese nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung für die Anwohner der Kemperallee bedeute. Er vertritt die Auffassung, dass auf eine Grundsanierung verzichtet werden solle und er es für ausreichend halte, eine neue Deckschicht im Straßenbereich aufzubringen und dadurch auch den Erhalt der Bäume sicherstellen zu können. Generell sei es erstrebenswert, die Straßen nach ca. 20 Jahren mit einer neuen Deckschicht zu versehen und dadurch länger einen guten Zustand erhalten zu können, so dass aufwendige Sanierungen erst später erforderlich werden.

3.4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 17.06.2016 zur Sanierungsplanung Kemperallee Vorlage: FB5/0442/2016

Die Bürgeranregung der Anwohner der Kemperallee liegt als Tischvorlage den Ausschussmitgliedern vor.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Peter Sitsen, Interessenvertreter der Anwohner der Kemperallee das Wort.

Dieser trägt vor, dass seitens der Anwohner sehr begrüßt wird, dass in den neuesten Planungsvarianten zur Sanierung der Kemperallee 34 Bäume enthalten seien. Das seien zwar weniger als jetzt, aber immerhin deutlich mehr als in den ersten Planungen. Welche Lösung für die Bäume gefunden würde, eine Umpflanzung oder Ersatz, sei für die Anwohner von untergeordneter Bedeutung. Unverständlich seien hingegen die Argumente für die geplante Erweiterung der Einschwenkung der Mühlenstraße in die Kemperallee. Herr Sitsen vertritt die Auffassung, dass der Schulbus momentan mehrmals täglich problemlos diese Kurve nähme. Darüber hinaus sehe er dadurch und durch die weitere Verschwenkung der Fahrbahn durch die geplante Bushaltestelle den Erhalt des Alleecharakters der Kemperallee gefährdet. Herr Sitsen kritisiert eine Verlagerung der Bushaltestelle auf die Straße. Der Verkehr werde nur entschleunigt, wenn dort ein Bus stehe. In dieser Situation könne sich aber eine sehr unübersichtliche Situation für die Kinder, die die Straße überqueren, ergeben. Die derzeitige Lösung (Schulbus hält zur Hälfte auf dem Schulhof und der Fahrbahn vor dem Schulhof) böte den Kindern die Gelegenheit, ungefährdet über den Schulhof ins Schulgebäude zu gelangen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, gibt Frau Dr. Blaum als Vertreterin des BUND Gelegenheit, die Bürgeranregung zu erläutern. Sie erklärt, dass sie mit Entsetzen festgestellt habe, dass die Planung der Verwaltung den Erhalt der 44 Amberbäume nicht vorsehe. Die Beratungsvorlage FB5/0143/2014 für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.09.2015 beinhalte zwei Falschaussagen. Zum einen seien die Bäume 20 Jahre älter als behauptet, zum anderen würden die Bäume anders als in der Beratungsvorlage dargestellt, keine Vitalitätsschäden aufweisen. Sie spricht sich für den Erhalt der Amberbäume und somit für die Variante aus, die am wenigsten Baumfällungen erfordere. In der Beratungsvorlage zur heutigen Sitzung habe sie gelesen, dass in der Planung Baumstandorte gemäß des aktuellen Regelwerkes vorgesehen seien. Nun stelle sich für sie die Frage, ob das Regelwerk zum Zeitpunkt der Pflanzung der Amberbäume 2005 ein anderes gewesen sei. Der Niederschrift der Bürgerversammlung sei zu entnehmen, dass Herr Trapp gesagt habe, dass die Bäume, unabhängig von

der Ausbauvariante während der Bauphase vor Ort nicht erhalten bleiben können. Sie fragt, was dagegen spräche. Eine Verpflanzung der Bäume hielte sie für nicht sinnvoll, da ein 10 Jahre alter Baum, der kein Baumschulbaum und aus diesem Grund schon häufiger versetzt worden sei, eine Versetzung vermutlich nicht überleben werde. Außerdem sei ein 10 Jahre alter Baum für das Klima besser als ein neu gepflanzter.

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, weist darauf hin, dass eine Diskussion dieser Themen zu einem späteren Zeitpunkt der Beratungen erfolgen könne.

Anmerkung der Schriftführerin: aufgrund des später gefassten Beschlusses unter TOP 3.1 erübrigte sich eine Diskussion an dieser Stelle.

4 Grundsanie rung der Straße "An der Bundesbahn" in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/0436/2016

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, die Grundsanie rung der Straße „An der Bundesbahn“ gemäß der in der Anlage 1 beigefügten Gestaltungsplanung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	16		1

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass am 19.05.2016 eine Bürgerinformation stattgefunden habe. Bezüglich der Anregung, einen beidseitigen Gehweg zu bauen, sei er mit diesem Anliegen an die Bahn herangetreten, habe jedoch noch keine Antwort erhalten.

Sachkundiger Bürger Müller erkundigt sich danach, ob bei der Bahn auch danach gefragt wurde, ob ein Lärmschutz errichtet werden könne. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Bahn sich lediglich um gesetzlich notwendige Maßnahmen kümmere und in diesem Fall der sogenannten Lärmsanie rung keine Finanzierungs- und Realisierungsmöglichkeiten sähe, da es sich um eine freiwillige Maßnahme handle.

5 Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf - mündlicher Sachstandsbericht

Herr Bechert erläutert den Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH und beantwortet einige Verständnisfragen. Zu den beantragten Eckpunkten

- Wegfall der Obergrenze von 131.000 Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten,
 - Erhöhung des maximalen Stundenkontingents von 47 auf 60 Slots,
 - flexiblere Nutzung der Parallelbahn im Zeitraum einer Flugplanperiode
- empfiehlt er, wie bereits früher im Rat beschlossen, eine ablehnende Stellungnahme.

Zur Ratssitzung am 30. Juni 2016 liege der Verwaltungsentwurf der Stellungnahme vor. Neben der Beibehaltung der jetzigen Obergrenze und der auf die Woche bezogenen 50-Prozent-Nutzung der Parallelbahn sollte die Stadt Meerbusch ein Start- und Landeverbot von 22 bis 6 Uhr, sonntags bis 7 Uhr, fordern und auf die Abschaffung der Homepage-Privilegien drängen.

Ergänzend seien für Meerbusch und die übrigen Flughafenrainer externe Gutachten erstellt worden, die als Bestandteil der städtischen Stellungnahme eingereicht werden sollen.

6 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2015 Vorlage: FB1/0125/2016

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Information zur Entwicklung des Abfallaufkommens zur Kenntnis. Sachkundiger Bürger Behlen regt an, die Abfallberatung zu intensivieren, um insbesondere neue Mitbürger besser mit dem System vertraut zu machen.

7 III. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012; Hier: Wegfall der Vorgaben für die Versiegelung von Urnenwahl- und Urnenreihengrabstätten durch Grabmale und Steinabdeckungen. Vorlage: SB11/0432/2016

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die III. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung (Anlage 1) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Dr. Gérard erläutert die Beratungsvorlage.

Sachkundige Bürgerin Danes erklärt, dass ihr die Formulierung im Satzungstext nicht gefalle und schlägt vor, zwei Sätze daraus zu machen. Dr. Gérard nimmt die Anregung auf und erklärt, dass er die Möglichkeit einer Formulierungsänderung prüfen lasse.

Ratsherr Fischer erklärt, dass es aus seiner Sicht positiv sei, den Bürgern die Wahl über die Gestaltung der Urnengräber zu überlassen. Er weist darauf hin, dass zunehmend preisgünstige importierte Waren aus Südost Asien für die Grabgestaltung verwendet werden. Dieses sei problematisch, da dort sehr schlechte Arbeitsbedingungen herrschen. Darüber hinaus wirke sich das negativ auf die Auftragslage der ortsansässigen Steinmetze aus.

8 Anträge

8.1 **Antrag der Fraktion die Aktiven/Aktive Bürger Meerbusch vom 23.04.2016 zu "Sofort-Maßnahmen" zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Xantener Straße (Apfelparadies Meerbusch) / Einbau und Installation von Leitschwellen (Bischofsmützen)** **Vorlage: FB5/0121/2016**

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass Bischofsmützen bereits bestellt seien und in Kürze durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW aufgebracht werden.

Sachkundige Bürgerin Minten zieht daraufhin den Antrag zurück.

9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet darüber, dass voraussichtlich am 23.06.2016 der Regionalrat über die öffentliche Auslegung des Regionalplans öffentlich beschließen, der dann auch im Internet zu finden sei. Für den Bereich Meerbusch seien einige Flächen berücksichtigt worden, die nicht vorgeschlagen waren, andere vorgeschlagene Flächen wurden nicht aufgenommen.

Anmerkung der Schriftführerin: Unter folgendem Link ist der Regionalplan im Internet zu finden:
http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_112014.html

Der Regionalplan werde bis zum 07. Oktober 2016 öffentlich ausgelegt. Eventuell gäbe es eine Verlängerung bis zum 31. Oktober 2016.

Nach den Sommerferien lege die Verwaltung eine Beschlussvorlage vor, die eine Stellungnahme beinhalte.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgelegte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

11 Termin der nächsten Sitzung 07. September 2016

Gemäß Langzeitplan findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 07. September 2016 statt.

12 Verschiedenes

12.1 Baumscheiben auf dem Parkplatz Hauptstraße Ecke Schulstraße

Ratsfrau Neukirchen fragt warum die Baumscheiben auf dem Parkplatz Hauptstraße (am Getränkemarkt) mit Asphalt zugeschüttet wurden.

Herr Assenmacher erklärt, dass die Antwort in der Niederschrift erfolgen werde.

Anmerkung der Schriftführerin: Herr Deußen teilt mit, dass die Verwaltung vor ca. zwei Jahren dort versucht habe, die massiven Schäden am Pflaster längerfristig zu beseitigen und das hochgedrückte und lockere Pflaster durch Asphalt ohne Einfassung ersetzt. Eine längerfristige und nachhaltige Instandsetzung könne aufgrund des Wurzelwachstum der seinerzeit gepflanzten Bäume nur dahingehend erfolgen, dass massiv auf Parkplätze (ca. die Hälfte) verzichtet und die Baumscheiben vergrößert würden oder die Bäume entfernt werden müssten. Mittelfristig sei der gesamte Parkplatz zu überplanen und instanzzusetzen.

12.2 Beschilderung Viehgasse

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass an der Viehgasse noch immer ein Schild mit der Aufschrift „Notabfahrt“ vorhanden sei und regt an, dieses zu entfernen.

12.3 Beschilderung im Bereich Ostara

Ratsherr Fischer erklärt, dass nach Abschluss der Bebauung des Ostara Geländes viele Straßenschilder überflüssig seien. Einige lägen rechts und links der Straßen im Gebüsch. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine Überprüfung zu.

12.4 LKW-Verkehr im Bereich Laacher Weg / Lötterfelder Straße

Ratsherr Kaden weist darauf hin, dass es aufgrund der Bautätigkeiten im Bereich Laacher Weg / Lötterfelder Straße zu Problemen beim LKW-Verkehr komme, durch temporäres Parken im unteren Bereich der Hofstelle.

Technische Beigeordneter Assenmacher sagt eine Überprüfung zu.

Anmerkung der Schriftführerin: Herr Deußen teilt mit, dass die Verwaltung eine anlassbezogene Verkehrsraumüberwachung durchführen und ggf. die Beschilderung anpassen werde.

12.5 Verkehrsberuhigung Laacher Weg im Bereich der Kindertagesstätte

Ratsherr Kaden fragt, ob im Bereich der Kindertagesstätte am Laacher Weg verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgesehen seien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine Beantwortung der Frage in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Schriftführerin: Herr Deußen teilt mit, dass gemäß des Beschlusses des Ausschusses für Planung- und Liegenschaften dort eine Aufweitung der Fahrbahn mit einer langgezogenen Mittellinse in Höhe des Einganges des neuen Kindergartens erfolgen werde und die Ampelanlage dann entfallen. Aufgrund der stockenden Grunderwerbsverhandlungen könne die Maßnahme noch nicht ausgeschrieben werden. Nach derzeitigem Sachstand werde eine Umsetzung im Frühjahr / Sommer 2017 erfolgen.

12.6 Verkehrsversuch im Bereich der Lichtsignalanlage Düsseldorfer Straße / Anton-Holtzstraße

Ratsherr Gabernig erkundigt sich danach, wann der Verkehrsversuch zur Optimierung des Verkehrsflusses im Bereich der Lichtsignalanlage Düsseldorfer Straße / Anton-Holtzstraße durchgeführt werde.

Anmerkung der Schriftführerin: s. TOP 6 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 06. April 2016

Eine Beantwortung der Frage im Rahmen der Niederschrift wird zugesagt.

Anmerkung der Schriftführerin: Herr Deußen teilt mit, dass der Verkehrsversuch in und nach den Sommerferien durchgeführt werde. Die Klärung von Detailfragen mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger sowie die vorhandenen Baustellen haben die Umsetzung leicht verzögert.

12.7 Sanierung Lettweg

Sachkundiger Bürger Dr. Nieberding stellt fest, dass im Haushaltsplan 2016 Mittel in Höhe von 20.000,- € für den Lettweg vorgesehen seien. Er fragt ob die Maßnahme bereits begonnen habe.

Herr Unzeitig erklärt, dass 20.000,- € für Bodenuntersuchungen in diesem Jahr vorgesehen seien und die Grundsanierung des Lettweges 2017 durchgeführt werden solle.

13.1 Mündlicher Sachstandsbericht über die Grundsanierung der Oststraße

Entgegen der Zuordnung dieses Tagesordnungspunktes in der Einladung zum nicht öffentlichen Teil der Sitzung wird dieser nach Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern im öffentlichen Teil behandelt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die bisher übliche Vorgehensweise, verschiedene Varianten zu Sanierungsplanungen in der Bürgerinformation vorzulegen, nun geändert werden solle. Zukünftig trete die Verwaltung bei derartigen Vorhaben in Kontakt mit den Anliegern und deren Interessengemeinschaften mit dem Ziel einer Konsensfindung. Das Ergebnis werde als Beschlussvorschlag dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegt. Auf diese Weise erfolge auch die Planung und der Beschluss über die Sanierungsmaßnahme Oststraße. Technischer Beigeordneter Assenmacher werde kurzfristig in Kontakt mit der Interessengemeinschaft der Anwohner der Oststraße treten, um einen Termin zu vereinbaren, der nach den Sommerferien stattfinden könne.

Die vorgeschlagene Vorgehensweise findet allgemeine Zustimmung.

13.1.1 Antrag zur Änderung der Tagesordnung, TOP 13.1 Mündlicher Sachstandsbericht über die Grundsanierung der Oststraße Vorlage: FB5/0126/2016

Der Antrag liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 13.1 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Meerbusch, den 20. Juli 2016

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in